



PRESSEINFORMATION DER KOMMUNALKREDIT AUSTRIA

Steinbichler: „Aufschwung bei Gemeindeinvestitionen“

- Kommunale Investitionen um 17,8 % bzw. EUR 325,3 Mio. auf EUR 2,15 Mrd. gestiegen
- Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben (inkl. Kindergärten) legen um 4,6 % oder EUR 198 Mio. auf EUR 4,5 Mrd. zu
- Maastricht-Überschuss von EUR 185 Mio. oder 0,06 % des BIP
- Freie Finanzspitze mit EUR 543,1 Mio. positiv
- Finanzschulden um EUR 79,9 Mio. auf EUR 11,27 Mrd. gesunken
- Kommunale Rücklagen um 8,2 % auf EUR 1,82 Mrd. ausgeweitet

(Wien, 9. Dezember 2015) – Die Kommunalkredit Austria präsentierte heute den Gemeindefinanzbericht 2015. Dieser Bericht bietet einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der österreichischen Kommunen und gilt als Standard-Nachschlagewerk für den kommunalen Bereich; er wird in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund erstellt und heuer zum elften Mal publiziert.

Im Jahr 2014 verzeichneten die Gemeindefinanzen eine positive Entwicklung mit einer fortgesetzten Haushaltsdisziplin im Rahmen des Stabilitätspaktes, welcher bis 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis erfordert. Die österreichischen Kommunen erreichten bereits 2014 ein positives Maastricht-Ergebnis von EUR 185 Mio. oder 0,06 % des BIP; das vierte positive Maastricht-Ergebnis in Folge. Gleichzeitig zeigten die Gemeindeinvestitionen einen erfreulichen Anstieg um EUR 325 Mio. auf EUR 2,15 Mrd.; sie überschreiten damit erstmals seit 2009 wieder die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze.

Die Kostendynamik im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich (inkl. Kindergärten) setzte sich weiter fort, mit einem Anstieg in diesen drei Kategorien um insgesamt EUR 198 Mio. oder 4,6 % auf insgesamt EUR 4,5 Mrd. Die Position Soziale Wohlfahrt (Pflegeheime, Betreuung etc.) zeigte dabei mit einem Anstieg von EUR 97 Mio. oder 6,3 % auf EUR 1,64 Mrd. die größte Dynamik.

„Die Analysen im diesjährigen Gemeindefinanzbericht zeigen, dass der positive Trend der Vorjahre anhält. Die disziplinierte und konstruktive Arbeit im kommunalen Sektor in Zusammenarbeit mit den Gemeindeaufsichten zeigt eine klar positive Wirkung. Die österreichischen Kommunen leisten durch hohe Investitionen einen signifikanten Beitrag zur Standortsicherung. Die Ausgabendynamik im Bereich Gesundheit und soziale Wohlfahrt verdient entsprechende Beachtung“, betont Mag. Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria.

Die wichtigsten Ergebnisse des Gemeindefinanzberichts im Detail:

Gemeinden wirtschaften gut

Die Gesamteinnahmen der Gemeinden (ohne Wien) stiegen im Jahr 2014 um 4,1 % bzw. EUR 760 Mio. auf EUR 19,2 Mrd. und erreichten damit einen Höchststand; die Gesamteinnahmen (abzüglich Schuldenaufnahme) betrugen EUR 18,1 Mrd. (+4,6 %).

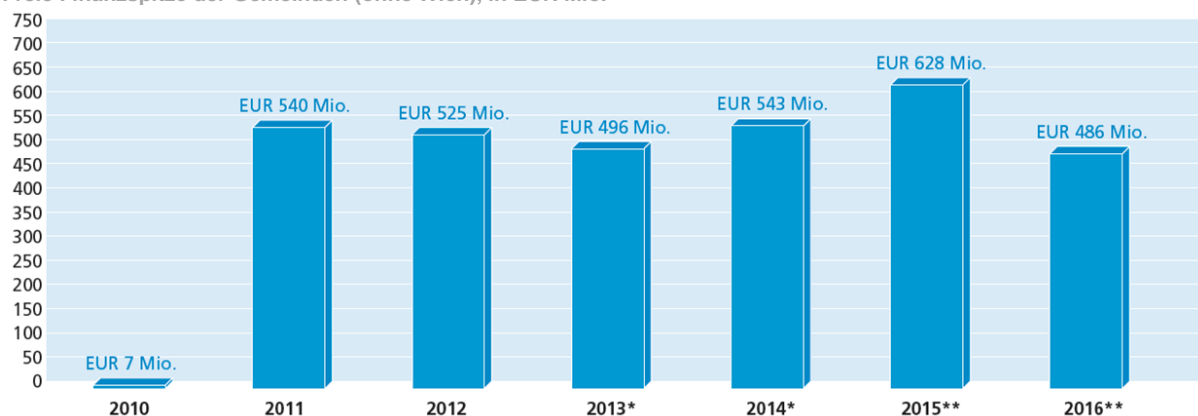
Die Gesamtausgaben erhöhten sich um 4,2 % bzw. EUR 764 Mio. auf EUR 19,2 Mrd.; die Gesamtausgaben (abzüglich Tilgungen) lagen bei EUR 18,1 Mrd. (+4,3 %).

Mit einem Maastricht-Überschuss von EUR 185 Mio. oder 0,06 % des BIP erreichten die österreichischen Gemeinden bereits zum vierten Mal in Folge ein positives Maastricht-Ergebnis und erfüllten somit den Stabilitätspakt.

Freie Finanzspitze auf anhaltend hohem Niveau

Mit EUR 543,1 Mio. ist die freie Finanzspitze 2014 stabil auf dem hohen Niveau der letzten vier Jahre geblieben. Dies spiegelt sich im Investitionsniveau, dem Schuldenabbau und der Rücklagenentwicklung wider. Die freie Finanzspitze gilt als Indikator für den finanziellen Handlungsspielraum einer Gemeinde und deren zukünftiges Investitionsverhalten. Sie ergibt sich aus dem Saldo der laufenden Gebarung abzüglich geleisteter Tilgungszahlungen. Auch für 2015 und 2016 wird erwartet, dass die freie Finanzspitze auf hohem Niveau verbleibt.

Freie Finanzspitze der Gemeinden (ohne Wien), in EUR Mio.



Quelle: Kommunalkredit Austria, BMF, Statistik Austria 2015.
* bereinigt; ** Prognose.

Einnahmen-Ausgaben-Situation

Die erfreuliche Haushaltssituation ergibt sich vor allem durch die positive Entwicklung der Einnahmenseite. So stiegen 2014 die Gemeindeanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) um 3,5 % bzw. EUR 201,4 Mio. auf EUR 5,95 Mrd. und die Kapitaltransferzahlungen von Trägern öffentlichen Rechts um 9,2 % bzw. EUR 96,6 Mio. auf EUR 1,15 Mrd. Die gemeindeeigenen Einnahmequellen wiesen ebenso Anstiege auf; die Gemeindeabgaben stiegen um 2,6 % bzw. EUR 81,7 Mio. auf EUR 3,21 Mrd., die Einnahmen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten stiegen um 4,1 % bzw. EUR 207,2 Mio. auf EUR 5,2 Mrd.

Auf der Ausgabenseite stiegen vor allem die Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich (inkl. Kindergärten) um EUR 198 Mio. bzw. 4,6 % auf insgesamt EUR 4,5 Mrd. besonders dynamisch. Die soziale Wohlfahrt (Pflegeheime, Betreuung etc.) war dabei mit einem Anstieg von EUR 97 Mio. bzw. 6,3 % auf EUR 1,64 Mrd. besonders stark.

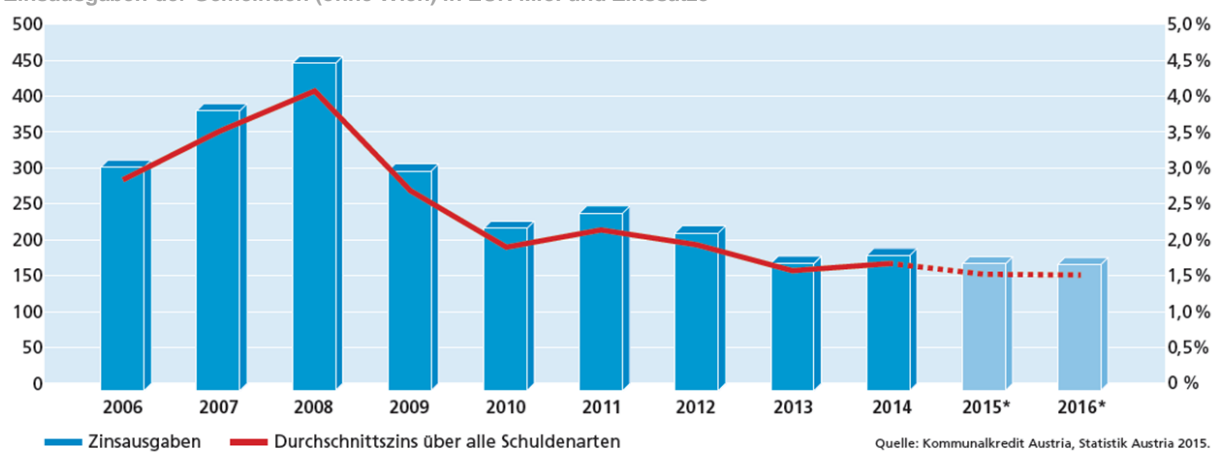
Zahl der Abgangsgemeinden steigt leicht

Abgangsgemeinden sind jene Gemeinden, deren Ergebnis des ordentlichen Haushalts negativ ist. Die Anzahl der so ausgewiesenen Abgangsgemeinden stieg im Jahr 2014 um 17 Gemeinden auf 977 Gemeinden (2013: 960 Gemeinden). Dies entspricht rund 42 % aller österreichischen Gemeinden (2013: 41 %). Die höhere Anzahl an Abgangsgemeinden beruht vor allem auf dem Anstieg der Investitionen, die im Haushalt als Ausgabe gelten.

Niedrigzinspolitik dominiert weiterhin

Die Zinsausgaben der Gemeinden (ohne Wien) lagen mit EUR 188 Mio. (+5,1 % bzw. EUR 9,9 Mio.) auf dem zweitniedrigsten Niveau seit dem Jahr 2000 (niedrigstes Niveau im Jahr 2013 mit EUR 178 Mio.). Diese Zinsausgabenentwicklung ergab sich aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), des Schuldenabbaus der Gemeinden in den letzten vier Jahren (EUR -413 Mio.) sowie der variablen Verzinsung des Großteils der Gemeindeschulden. Die Gemeinden werden weiterhin von der Fortsetzung der Niedrigzinspolitik der EZB profitieren. Es ist somit davon auszugehen, dass die Zinsausgaben der Gemeinden in den Jahren 2015 und 2016 auf ähnlichem Niveau wie 2014 bleiben.

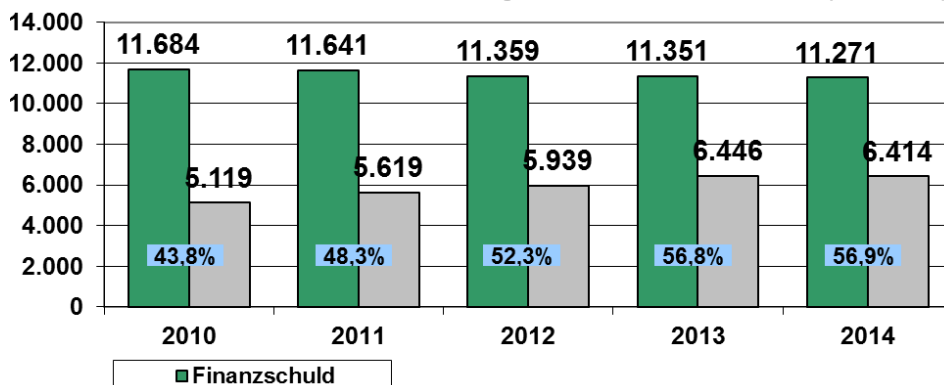
Zinsausgaben der Gemeinden (ohne Wien) in EUR Mio. und Zinssätze



Finanzschuld und Gemeindehaftungen reduziert, Rücklagen erhöht

Seit 2011 sinkt der Schuldenstand der Gemeinden. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2014 fort. Die Finanzschuld der Gemeinden sank 2014 um weitere EUR 79,9 Mio. oder 0,7 % auf EUR 11,27 Mrd. Somit verringerte sich der Schuldenstand der Gemeinden in den letzten vier Jahren insgesamt um EUR 413 Mio. Die Haftungen betragen Ende 2014 EUR 6,41 Mrd., ein Rückgang um EUR 31,8 Mio. bzw. 0,5 %.

Wachstum des Schuldenstandes und der Haftungen österreichischer Gemeinde (ohne Wien) in EUR Mio.

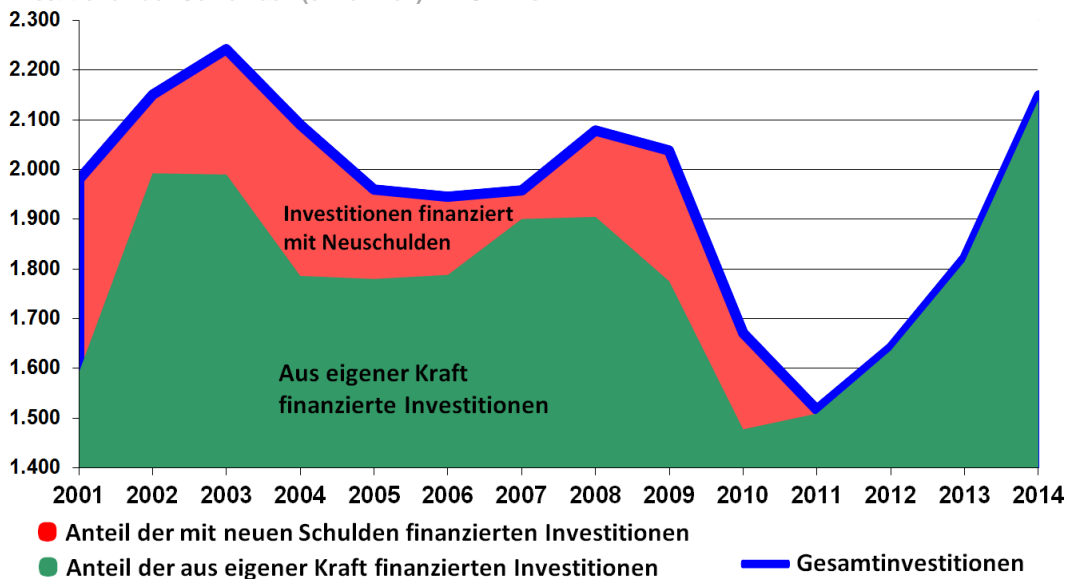


Im Jahr 2014 erhöhte sich der Stand der Rücklagen im Vergleich zum Vorjahr um weitere EUR 138,2 Mio. bzw. 8,2 % auf einen Höchststand von EUR 1,82 Mrd. Rücklagen sind aus Haushaltsüberschüssen gebildete Reserven bzw. für Einzelprojekte zweckgebundene Mittel.

Investitionstätigkeit erstmals seit 2009 wieder über EUR 2 Mrd.

Im Jahr 2014 stiegen die kommunalen Investitionen deutlich um 17,8 % bzw. EUR 325,3 Mio. auf EUR 2.148,6 Mio. und überschritten erstmals seit 2009 das EUR 2 Mrd.-Niveau. Damit ist das Investitionsniveau 2014 auch das dritthöchste seit dem Jahr 2000. Vom Gesamtbetrag entfielen EUR 1,4 Mrd. oder 63 % auf Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner.

Investitionen der Gemeinden (ohne Wien) in EUR Mio.



Prognose 2015

Die erwarteten Wachstumsraten für die Ertragsanteile belaufen sich für das Jahr 2015 auf +3,3 %; bei der Kommunalsteuer wird für das Jahr 2015 ein Aufkommensplus von +2,8 % erwartet. Daraus ist zu schließen, dass die freie Finanzspitze auch 2015 auf einem hohen Niveau verbleiben wird. Für 2016 wird mit einem leichten Rückgang gerechnet. Der von den Analysten der Kommunalkredit in den letzten Jahr prognostizierte Anstieg der kommunalen Investitionen ist erfreulicher Weise eingetreten. Auch für 2016 ist ein hohes Niveau zu erwarten.

Bestimmend für die kommunale Rechnungslegung werden in Zukunft die Reform des Finanzausgleichsgesetzes sowie der Erlass der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) durch das BMF sein; darin wird die Erweiterung der kommunalen Rechnungslegung auf einen Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt geregelt. Diese letzte Bestimmung gilt für die Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ab dem Finanzjahr 2019, für alle übrigen Gemeinden ab dem Finanzjahr 2020.

Angebot der Kommunalkredit für kommunale Infrastruktur

Die Kommunalkredit konzentriert sich auf das Infrastrukturprojektgeschäft in den Segmenten Energie & Umwelt, Soziale Infrastruktur und Verkehr und versteht sich dabei als Bindeglied und Brücke zwischen Auftraggebern, Projektentwicklern und institutionellen Investoren. Dieser Ansatz basiert auf folgenden strategischen Gegebenheiten:

- Die Verschuldungsgrenzen öffentlicher Haushalte sind im Zuge der erforderlichen Budgetkonsolidierungen zunehmend eingeschränkt, sodass die Finanzierung von Infrastrukturprojekten über Haushaltskredite alleine immer weniger möglich ist. Die eingegrenzten Wachstumspotenziale zeigt auch der diesjährige Gemeindefinanzbericht.
- Aufsichtsrechtliche Bestimmungen für Banken, wie das Net Stable Funding Ratio aus Basel III, erhöhte Kapitalunterlegungsbestimmungen etc. erschweren den Banken zunehmend das Halten langfristiger Infrastruktur-Aktiva.
- Institutionelle Investoren haben aufgrund historisch niedriger Renditen auf den Kapitalmärkten, die derzeit bei 0,95 % für zehn Jahre bzw. 1,5 % für 30 Jahre liegen, zunehmend das Erfordernis, ihre Veranlagungsformen zu erweitern, sodass Infrastrukturinvestitionen als attraktive neue Assetklasse gelten.

Die Kommunalkredit ist auf der gesamten Wertschöpfungskette von der Projektberatung über die Arrangierung sowohl für die Bauphasenfinanzierung als auch für die langfristige Betriebsfinanzierung aktiv; letztere soll Großteils bei institutionellen Investoren platziert werden. Damit entsteht ein Mehrwert sowohl für die Kommunen, Auftraggeber und Projektentwickler als auch für institutionelle Investoren.

Die Internetserviceplattform „Kommunalnet“ (www.kommunalnet.at), welche die Kommunalkredit Austria gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund betreibt, bietet Kommunen eine umfassende kommunale Arbeits- und Informationsplattform mit kommunalen Nachrichten, privatwirtschaftlichen Serviceangeboten sowie Online-Börsen.

Rückfragehinweis:

Kommunalkredit Austria
Mag. Marcus Mayer (Kommunikation & Marketing)
Tel.: +43 (0)1/31 6 31-593 oder +43 (0)664/80 31 6 31 593
mailto:m.mayer@kommunalkredit.at; www.kommunalkredit.at